

# Russische



# Zeitung

10 Pfennig

Gründet

1704

Mit

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Kurszettel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Belagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein, Chefredaktion: Georg Bernhard, Ullstein.  
Redaktion im Ansa. d. Handwerker: Carl Misch, Berlin, Ullstein.  
Manuskripte werden nur zurückgenommen, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Veranspr.-Zentrale Ullstein, Ami Dönhofs (A7) 5000-3665  
für den Fernverkehr Ami Dönhofs 3666-3668. Telegramm-  
Adressen: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 926

## Zentrums-Erfahrungen in der Regierung

Eine Rede des Abgeordneten Gueraud

Der Vorsitzende der Reichstagsfraktion des Zentrums, Abgeordneter Gueraud, hat gelegentlich einer Zentrumstagung in Saarbrücken beachtenswerte Ausführungen über die Erfahrungen seines Partei in der Regierung gemacht:

„Wenn man unter bisheriges Wirken in der neuen Koalition ablesen kann, dann wird man feststellen müssen, daß wir keinen Fuß breit von dem Reichstagen Ansatze abgewichen sind. Wir waren uns selbstverständlich bewußt, daß wir in der neuen Koalition äußerste Besorgnis walten lassen mußten. Darum wurden ja auch die Richtlinien von dem Reichstagen durchgelesen. Ich habe damals im Reichstag gesagt, daß es uns mit diesen Richtlinien bitter ernst sei, und ich habe darauf hingewiesen, daß Angriffe auf die Verfassung, auf den Reichspräsidenten, auf die Reichsregierung, dem Sinne und den Absichten der neuen Regierung widersprechen. Wir haben jetzt in einer Reihe parlamentarischer Vorfälle eine Einstellung gefunden, die dem nicht entspricht. Wenn Sie anbauern von Schwarz-Ruß-Gebirge, so ist das eine absolute Verhängnis für die offizielle Reichsregierung, die auf schwerere gegen die Richtlinien verstoßen hat, und die wir uns unter keinen Umständen gestatten zu lassen gedulden sind. Wir werden demnach die bestmögliche Lösung in dieser Beziehung herbeiführen müssen. Darin wird ich mich mit der ganzen Zentrumspartei und mit der ganzen Zentrumspartei einig: Je wo die Dinge die Dinge nicht weiter — dann man die Arbeit der neuen Regierungsmehrheit ernstlich, dann muß man sprechen, wenn man parteielllos und unangehörig die Dinge betrachtet, daß diese Arbeit von allen Seiten des Zentrums getragen ist, von dem Geiste der Anspornung der Verfassung und des sozialen Fortschritts. Ich erinnere hier nur an das Republikanische. Damals haben eine Reihe deutschnationaler Führer in den verschiedenen Ländern verschiedene Arbeit geleistet, auf die ich mich nicht beziehen möchte, sondern mich nur auf die Arbeit der Reichsregierung beziehen möchte. Wenn Marx gesagt: Unsere Antwort auf diese Arbeit kann nur die Verhängnis des Republikanischen sein. Das selbst selbstes ist der Antrag eingebracht worden, und die Deputierten haben ihm zugestimmt. Sie können sicher sein, wir werden auch in Zukunft sich darauf geben, daß unsere Verfassung keinen Schaden erleidet. Im Reich selbst wie vor einer neuen Aufgabe. Es sind noch viele Aufgaben zu erledigen, und außerdem werden sich die Regierung der Reichsregierung, die der preussische Staat auf Grund gänzlich verlorener Rechte in Höhe von jährlich 60 Millionen Mark an eine Reihe von Landesherren weitergibt. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß diesen Seiten kein Wegfall über die allgemeine Anweisung hinaus gegeben werden darf. Alles andere wird ein Raub an deutschen Wägen. Darüber sind wir uns mit den Kollegen der preussischen Zentrumspartei einig.“

Dann wird die Frage Preußen und Reich. Es hat die in der Vergangenheit vielfach bedeutende Erweiterungen und Fehler hier und dort gegeben. Ich habe seinerzeit selber Veranlassung genommen, mich mit dem preussischen Ministerpräsidenten Dr. Brüning auseinanderzusetzen. Wir für unsere Zeit werden in Zukunft in dieser Frage weniger Schwierigkeiten haben, nachdem wir eine viel enger Verbindung zwischen der Reichsregierung und der Zentrumspartei des preussischen Abgeordnetenhauses hergestellt haben. Von mancher Seite wird die Doppelregierung des Zentrums im Reich mit den Deputierten und in Preußen mit den Sozialdemokraten für schwer erträglich gehalten. Ich muß von mir persönlich sagen, daß ich nicht auf diesem Standpunkte stehe, sondern sie für durchaus erträglich halte.“

Als Gegenstück zur Rede des Grafen Westphal war auf dem Deputiertenkongress, in die des Zentrumspartei v. Gueraud recht interessant. Wichtig ist, was Abgeordneter Gueraud über die Abfindung der Ständeherrn sagte. Die preussische Regierung führt seit mehreren Monaten einen Kampf darum, daß die Renten der sogenannten Ständeherrn jüngerlich höher ausfallen sollen, als für die Reichsregierung. Unter der Führung Bergs haben die deutschnationalen Mitglieder des Reichstages sich für die Ständeherrn gegen die preussischen Vorfälle eingesetzt. Wenn das Zentrum im Reichstagen mit dem preussischen Standpunkt unterteilt, dann darf man erwarten, daß es sich nicht, daß das Volk und Volkswirtschaft bei der Abfindung der Ständeherrn nicht so verschleudert wird wie bei der Abfindung der Bödenjöhren.“

Das heute morgen mittelste Brieftelegramm des Grafen Westphal an den Reichspräsidenten v. Hindenburg anläßlich der Zentrumsfeier ist, wie von unserer amtlichen Seite bekannt wird, ohne Wissen nach dem amtlichen Stellen veröffentlicht worden. Auch eine etwaige Antwort Hindenburgs an Wilhelm III. würde eine rein private Angelegenheit sein, um welche Anstalten sich nicht kümmern.“

## Stresemann spricht zur Abrüstung

### Vor der Rückkehr aus Genf

Das Thema von der Abrüstung wird in Form der bekannten gemeinsamen Resolution, welche die drei Prinzipien des Schlichtergerichts, der Sicherheit und der Abrüstung miteinander verbindet, die Volkerversammlung des Völkerverbundes am Freitag und Sonnabend befehligen. In einem dieser beiden Tage wird auch Reichsgruppenleiter Dr. Stresemann seine anfängliche Abrüstungsvorlesung halten. Die Arbeiten des Völkerverbundes werden Mitte nächster Woche ihren Abschluß finden. Dr. Stresemann wird aber voraussichtlich am Sonnabend Genf verlassen und Mitte kommenden Woche seine Tätigkeit in Berlin wieder aufnehmen.

### Geltige Zusammenarbeit der Nationen

Nachrichtendienst der „Rösischen Zeitung“

20. September

Im Binnens des Völkerverbundes erstellte heute der deutsche Delegierte Dr. Freytag seinen Bericht über die Arbeit der Völkerverbundkommission für die nächste Zusammenarbeit. Mitglieder der rumänischen Delegation General Vaccarone

sprach noch der französische Delegierte Bissant über die Hoffnungen, die sich auf die künftige Entwicklung des Pariser Instituts für geistige Zusammenarbeit beziehen. Bissant ist, daß dieser nur Österreich, Italien, Ungarn, Frankreich, Polen, die Schweiz und die Tschechoslowakei Beiträge an dieses Institut leisten. Freilich trägt daran die Kommission für geistige Zusammenarbeit am Teil selbst Schuld durch die bisweilen allzu engherzige Auffassung ihrer Aufgaben. Immerhin ist das über die Hoffnungen, die der Bericht über in seinem Bericht befehligen, nicht unerschütterlich und verdient eine härtere Anteilnahme aus der großen Staaten (von denen übrigens Deutschland in seinem Beitrag bereits in volle Aussicht gestellt hat). Von allgemeinerem Interesse sind die Bestrebungen zur Erhaltung der Völkerverbund, an denen die Rücküberleitung des Pariser Instituts höchsten Anteil nimmt.

Über die Bestrebungen der Pressekonferenz wurde von der Broudeur-Belgien berichtet, daß die Resolution über die Tarife für Telegramme und Telefon, auf die Resolution für Journalisten bereits an die Presseabteilung des Völkerverbundes übergeben worden. Mit den Resolutionen über das Eigentumsrecht an Nachrichten und die Fernübertragung für Journalisten usw. wird sich der Rat in seiner Überarbeitung beschäftigen.

## Die russisch-französischen Verhandlungen

### Pressedecke gegen Briand

Nachrichtendienst der „Rösischen Zeitung“

20. September

Das Dementi, das gestern von französischen Außenminister Briand in der Sitzung des „Allies“ von einer französischen Demarche in Moskau wegen der Abrüstung des Sowjet-Russlands bekannt gegeben wurde, hat die Gegner Briands von neuem in Harnisch gebracht. Die Wütter der Rechten werden in den nächsten Auswärtigen des Außenministers vor, daß er in der Angelegenheit überhaupt nichts tue, ja sogar den Druck seine Hürde gegenüber unter einem Ansatze der Sowjet-Russland, die dem russischen Sowjet-Russland, die Botschaft auch noch habe. Die ist natürlich eine gewisse Beschuldigung des Textes des Dementis, in dem ausdrücklich angegeben war, daß der französische Botschafter in Moskau die Sowjetregierung darauf aufmerksam gemacht hat, daß ein Personalwechsel in Paris die russisch-französischen Wirtschaftsbeziehungen wesentlich erleichtern würde.

Nach der „Allies“ gibt sich mit dem Dementi nicht zufrieden, sondern veröffentlicht hat in großer Aufmachung eine Erklärung, worin er seine geistige Stellung über die Demarche des Botschafters Serbette in Moskau in aller Form äußert: erstlich.

### Bare Tatsachen

Nachrichtendienst der „Rösischen Zeitung“

20. September

In der physikalisch richtigen Annahme, daß auch in politischen Verhandlungen, besonders wenn sie einen wirtschaftlichen Charakter haben, nicht zuletzt auch „Bald reden“ kann, hat die Sowjetregierung sich zu einem Schritt entschlossen, der die russisch-französischen Wirtschaftsbeziehungen außer in Fuß bringen soll. Das Außenministerium hat den russischen Botschafter in Paris bekannt gegeben, der französischen Regierung mitzuteilen, daß die Sowjetregierung bereit ist, um eine weitgehende teilweise Verzichtung der Zinsprämissen französischer Anleihebesitzer zu ermöglichen, innerhalb der nächsten sechs Monate bei einer von der französischen Regierung zu bestimmenden Summe von 20 Millionen Goldfranken einzuzahlen.

Wichtig ist bei der Beurteilung der Außenminister Briands, die Völkerverbund, der offiziellen Sowjet-Delegation-Bericht eine Erklärung gegeben; in der es über die in einem Teil der französischen Presse erhobene Behauptung, eine Veränderung in der Außenpolitik ist nicht erfolgt, wörtlich heißt: „Ich bebaute entschlossen und ermächtigte Sie“ öffentlich mitzuteilen, daß zwischen der Sowjetregierung und der französischen Delegation eine vollkommene Verständigung in der Außenpolitik erzielt worden ist. (Ein allgemeines Übereinstimmen ist lediglich beabsichtigt.)

nicht unterzeichnet worden, weil die französische Delegation unter Briand keine Betreffend Kredit nicht nicht angenommen hat. Es ist zwar in der Resolution eine Veränderung erfolgt worden, jedoch besteht noch keine Einstimmigkeit über das Ausmaß der Rechte.“

### Schon ein Gegendementi

Paris, 22. September. (M. Z. A.)

Die Agentur „Havas“ veröffentlicht folgende aus offizieller Quelle stammende Auslassung: „Die von Litwinow ausgehende Behauptung, daß in der Schlußfrage eine allfällige Einigung erzielt sei, und eine solche in der Frage der Rechte in Aussicht habe, entspricht keineswegs den Tatsachen. Die französische Delegation hat die russisch-französischen Schuldverhandlungen und in Kürze in einer eingehenden Erklärung die Dinge klargestellt.“

## Fühlungnahme mit dem Nationalrat

Reichstagsberatungen zur Strafrechtsreform

In der heutigen Sitzung des Reichstagsausschusses für die Strafrechtsreform berichtete Reichstagsgruppenleiter Frey über seine Eindrücke von den Verhandlungen über den Strafrechtsentwurf im Wiener Nationalrat. In den Beratungen sei Frey hervorgetreten, daß alle Parteien, auch die Oppositionsparteien, mit der österreichischen Regierung in dem Wunsch einig sind, die Arbeiten an dem neuen Strafrechtsentwurf zu fördern und sie, wenn irgendmöglich, zum erfolgreichen Abschluß zu bringen und die Rechtseinheit mit Deutschland auf diesem wichtigen Rechtsgebiet herzustellen.

Der Ausschuss verhandelte alsdann über einen sozialdemokratischen Antrag, einen der faktionellen Zusammenfassung des deutschen Reichstages für die Strafrechtsreform entsprechenden Unteranspruch einzulegen, bei der Aufgabe haben soll, mit einem entsprechenden Ausmaß des Strafrechtsreform des österreichischen Nationalrates über den Strafrechtsentwurf zu unterstützen und gemeinsamen Beratungen zuzusammenschließen. Nach längerer Aussprache wurde die Abstimmung über den vorliegenden Antrag zunächst zurückgestellt. Dagegen wurde in Aussicht genommen, daß einige Mitglieder des Reichstagsausschusses zunächst mit entsprechenden Mitgliedern des österreichischen Nationalrates in Verbindung zu nehmen, um eine entsprechende Zusammenarbeit hinsichtlich der Strafrechtsreform die Wege zu ebnen.